



Baden-Württembergs industrielle Stärke erneuern

Neue Wertschöpfung, gute Arbeit und mehr Investitionen

Baden-Württemberg hat die Voraussetzungen, auch 2035 zu den führenden Industrie- und Innovationsstandorten Europas zu gehören. Wir haben starke Unternehmen und einen innovativen Mittelstand, exzellente Forschung, sehr gut ausgebildete Beschäftigte und eine industrielle Basis, um die uns viele Regionen beneiden. Das ist unser Wettbewerbsvorteil.

Einen Teil unseres Wohlstands werden wir künftig mit neuen Produkten, Technologien und Geschäftsmodellen erwirtschaften. Deshalb müssen wir unsere industrielle Stärke erneuern. Entscheidend ist, dass neue Wertschöpfung schneller entsteht, als bestehende verloren geht – und dass Beschäftigte den Weg in neue, gute Arbeit finden. Industrieller Wandel kann nur gelingen, wenn er sozial gerecht gestaltet wird. Neue Wertschöpfung und wirtschaftliche Stärke müssen deshalb mit guter Arbeit, sozialer Sicherheit und fairen Chancen für die Beschäftigten verbunden sein.

Klimaneutralität ist dabei kein Gegenmodell zu industrieller Stärke. Sie ist Teil des Geschäftsmodells von morgen und dient zugleich dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Weltweit wachsen Märkte für klimaneutrale Produktion, Energie- und Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien und Speichertechnologien, neue Mobilität und Kreislaufwirtschaft. Unser Anspruch ist, dass Baden-Württemberg diese Technologien nicht nur nutzt, sondern entwickelt, produziert und exportiert.

Dafür konzentrieren wir uns auf drei Aufgaben: Wir müssen unser industrielles Geschäftsmodell erneuern, Beschäftigte gezielt für neue Tätigkeiten qualifizieren und Investitionen nach Baden-Württemberg holen.

Unsere Industrie steht unter hohem Druck. China ist längst nicht mehr nur Absatzmarkt, sondern in wichtigen Technologien und Produkten ein starker Wettbewerber. Der Handel mit den USA wird durch höhere Zölle schwieriger und weniger berechenbar. Künstliche Intelligenz und Automatisierung verändern, wie Unternehmen neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln und produzieren. Der Umstieg auf klimaneutrale Technologien schafft neue Märkte, setzt aber bestehende Geschäftsmodelle unter Anpassungsdruck. Kriege und geopolitische Konflikte verteuern Energie und Transport und machen Lieferketten unsicherer. Gleichzeitig fehlen vielen Unternehmen qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte.

Grundlage der sozialen Marktwirtschaft ist fairer Wettbewerb. Deshalb muss Europa seinen Binnenmarkt wirksam gegen unfaire Wettbewerbspraktiken aus Drittstaaten schützen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dafür in Brüssel mit einer starken und geeinten Stimme einzusetzen – etwa gegen wettbewerbsverzerrende Währungsmanipulationen. So stärken wir faire Wettbewerbsbedingungen und sichern die industrielle Basis unseres Wirtschaftsstandorts.

Baden-Württemberg trifft dieser Wandel besonders. Unser Wohlstand hängt stärker als in vielen anderen Regionen an Industrie und Export. 2025 sank die reale Wirtschaftsleistung um 0,6 Prozent, und auch für 2026 wird kaum Wachstum erwartet.¹ Besonders sichtbar ist der Strukturwandel in der Automobilindustrie. Allein bei Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen 2025 mehr als 9.000 Arbeitsplätze verloren.² Während dort und bei Zulieferern Stellen abgebaut werden, suchen andere Unternehmen qualifizierte Beschäftigte.

Darin liegt auch eine Chance: Weltweit wachsen neue Märkte für klimaneutrale Technologien, Software, Automatisierung und intelligente Produktionssysteme. Baden-Württemberg muss sich seinen Anteil an diesen Märkten sichern – mit Wertschöpfung und guten Arbeitsplätzen hier im Land. Bei Green Tech haben wir dafür eine starke Ausgangsposition. Rund 205.000 Menschen arbeiten in Baden-Württemberg bereits in diesem Bereich. Green Tech erwirtschaftet mehr als 26 Milliarden Euro und damit 4,3 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung des Landes. Seit 2010 ist die Wertschöpfung im Schnitt um mehr als sechs Prozent pro Jahr gewachsen.³

Darauf können wir aufbauen. Dafür müssen Land, Bund, EU und Unternehmen gemeinsam Verantwortung übernehmen: für Innovation, verlässliche Rahmenbedingungen und Investitionen in Baden-Württemberg. Dabei setzen wir auch auf ein klares Bekenntnis der Unternehmen zum Standort Baden-Württemberg. Dass sie hier investieren, Beschäftigung sichern und neue Wertschöpfung aufbauen.

Der europäische Binnenmarkt ist unser Heimatmarkt und ermöglicht unseren Unternehmen, neue Produkte zu skalieren und global zu bestehen. Angesichts wachsender Handelskonflikte und geopolitischer Abhängigkeiten müssen wir die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern vertiefen. Europas Stärke entsteht durch einen starken gemeinsamen Markt und verlässliche Partnerschaften.

Aus industrieller Stärke neue Wertschöpfung schaffen

Unsere industrielle Stärke ist die Grundlage für das Geschäftsmodell von morgen. Jetzt müssen wir diese Stärke schneller in neue Märkte übersetzen. Dafür müssen sich bestehende Unternehmen erneuern, neue Technologien schneller in die Anwendung kommen und die Innovationspolitik klare Prioritäten setzen.

¹ Vgl. LBBW Research (2026): BW Quarterly – Ausgabe Q2/2026: Stagnation in der Strukturkrise, Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, 24.06.2026, S. 3 ff.

² Vgl. e-mobil BW GmbH: e-mobil BW Datencenter – Kennzahlen der Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg, online, abgerufen am 19.08.2026.

³ Vgl. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (2026): GreenTech zahlt sich doppelt aus. Präsentation zur Landespressekonferenz, Stuttgart, Juli 2026, online, abgerufen am 24.08.2026.

Das gilt besonders für die Automobilindustrie. Baden-Württemberg soll Automobilland bleiben. Dafür müssen Wertschöpfung und Beschäftigung stärker dort entstehen, wo der Mobilitätsmarkt der Zukunft wächst. Batterie, Software, Daten und digitale Dienste spielen dabei eine immer größere Rolle. Gerade bei Batterien, Halbleitern und anderen Schlüsseltechnologien müssen wir strategische Abhängigkeiten verringern und mehr Wertschöpfung in Baden-Württemberg und Europa aufbauen.

Auch Maschinenbau und Elektrotechnik stehen vor einem tiefen Wandel. KI, Robotik und Automatisierung verändern Produktion und ermöglichen neue, intelligente Produkte. Software, Daten und digitale Dienste werden zu einem immer wichtigeren Teil industrieller Wertschöpfung und eröffnen neue Geschäftsmodelle. Maschinen- und Anlagenbauer können sich vom Produkthersteller stärker zum Anbieter integrierter Lösungen entwickeln. Gesundheitswirtschaft, Biotechnologie, Medizintechnik und Quantentechnologien eröffnen zusätzliche Chancen. Gleichzeitig wachsen Märkte für Energie- und Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und klimaneutrale Produktion.

Unser Ziel ist, dass daraus neue Produkte, neue Geschäftsmodelle und zusätzliche industrielle Wertschöpfung im Land entstehen. Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und die Nutzung nachwachsender Rohstoffe sind dabei zentrale Bausteine: Sie senken den Ressourcenverbrauch, verringern Abhängigkeiten, stärken die Resilienz von Lieferketten und eröffnen neue technologische Möglichkeiten.

Darin liegt eine große Chance: Baden-Württemberg kann die Maschinen, Software und Produktionssysteme liefern, mit denen sich Industrie weltweit modernisiert und klimaneutral produziert. Gerade die Verbindung unserer klassischen industriellen Stärken mit Digitalisierung und Klimaneutralität kann zum neuen Wettbewerbsvorteil des Landes werden.

Ein erheblicher Teil der künftigen Wertschöpfung muss aus unseren bestehenden Unternehmen kommen. Mittelständler und Zulieferer müssen neue Technologien nutzen und neue Geschäftsfelder erschließen können. Wirtschaftspolitik darf sich deshalb nicht auf Start-ups und Neuansiedlungen verengen. Auch Industrie und Handwerk müssen wir stärker zusammendenken. Handwerksbetriebe sind Zulieferer, Anwender neuer Technologien und Partner, wenn industrielle Innovationen in die Praxis kommen.

Und wir müssen schneller aus Wissen Wertschöpfung machen. Baden-Württemberg ist stark in Forschung und Innovation: 2023 flossen rund 5,6 Prozent unserer Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung. Damit lag Baden-Württemberg im Vergleich der EU-Regionen erneut an der Spitze.⁴

Diese Stärke müssen wir noch besser in wirtschaftlichen Erfolg übersetzen. Ein zentraler Treiber unserer Innovationsstärke sind unsere Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Sie sind Motor der Innovation und unverzichtbare Partner für die Transformation, die Unternehmen und für die Bildung dringend benötigter Fachkräfte. Forschung darf nicht im Forschungsprojekt enden. Neue Technologien müssen schneller in den Unternehmen ankommen und dort zu Produkten und Produktion werden. Gerade bei neuen Technologien müssen wir die Lücke zwischen Prototyp und

⁴ Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2026): Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE): Baden-Württemberg belegt weiterhin den Spitzenplatz in der EU-27, Pressemitteilung 94/2026, 12.05.2026.

industrieller Skalierung schließen. Dafür müssen Forschung, Mittelstand, Start-ups und Industrie enger zusammenarbeiten. Die bestehenden Transferangebote müssen dafür besser gebündelt und gerade für kleine und mittlere Unternehmen leichter zugänglich werden. Besonders die Innovationscampus-Modelle zeigen, welches Potenzial entsteht, wenn Wissenschaft und Wirtschaft eng zusammenarbeiten und aus Forschung neue Anwendungen, Geschäftsmodelle und Gründungen hervorgehen.

Das gilt besonders für Künstliche Intelligenz. Sie verändert Entwicklung, Produktion, Logistik und Geschäftsmodelle. Gerade in einem Land mit hohen Löhnen und fehlenden Fachkräften müssen wir diese Technologien schneller in Mittelstand und Industrie bringen.

Gleichzeitig müssen erfolgreiche Start-ups in Baden-Württemberg wachsen und skalieren können. Gerade kapitalintensive Zukunftstechnologien brauchen ausreichend Wachstums- und Beteiligungskapital. Mit BW-Capital ist ein wichtiger Schritt getan. Jetzt müssen privates Kapital mobilisiert und Finanzierungslücken zwischen Gründung und industrieller Skalierung geschlossen werden. Gute Ideen sollen nicht nur hier entstehen, sondern hier zu großen Unternehmen wachsen.

Dafür brauchen wir eine Innovationspolitik mit klaren Prioritäten und messbarer Wirkung. Über Jahre ist eine Vielzahl von Förderprogrammen entstanden. Wir wollen die Innovations- und Technologieförderung deshalb überprüfen, Programme konsolidieren und die Mittel konsequent auf die Ziele der Landesregierung und künftige Wertschöpfung ausrichten. Entscheidend ist nicht, wie viele Programme das Land anbietet, sondern ihre Wirkung: Kommen neue Technologien in den Markt? Wachsen Unternehmen? Entstehen private Investitionen und Beschäftigung in Baden-Württemberg?

Die vereinbarte High-Tech-Strategie soll dafür die Richtung vorgeben. Hierzu braucht es zügig abgestimmte Eckpunkte, auf welchen Zukunftsmärkten Baden-Württemberg seine Stärken ausbauen will. Forschung, Technologietransfer, Förderung und Wirtschaftspolitik müssen daran ausgerichtet und innerhalb der Landesregierung verbindlich koordiniert werden. Zugleich eröffnet die Hightech Agenda Deutschland für Baden-Württemberg zusätzliche Chancen, seine Stärken in zentralen Schlüsseltechnologien auszubauen.

Wir wollen:

- bestehende Unternehmen und den Mittelstand dabei unterstützen, neue Technologien, Produkte und Geschäftsfelder zu erschließen,
- kritische Abhängigkeiten bei Rohstoffen, Vorprodukten und Schlüsseltechnologien systematisch in den Blick nehmen, Lieferketten diversifizieren und Wertschöpfung dort stärken, wo sie für unsere wirtschaftliche Sicherheit und Souveränität von besonderer Bedeutung ist,
- den Technologietransfer stärken, bestehende Angebote besser bündeln und gerade kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Forschung, KI und neuen Technologien erleichtern,

- die Innovations- und Technologieförderung überprüfen, Förderprogramme konsolidieren und anhand klarer Ziele und messbarer Wirkung auf Zukunftsmärkte und neue Wertschöpfung ausrichten,
- dass die Eckpunkte der High-Tech-Strategie schnell vorgelegt werden und das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Staatsministerium und dem Wissenschaftsministerium für eine verbindliche ressortübergreifende Umsetzung sorgt,
- die Chancen der Hightech Agenda Deutschland unter Federführung des Wissenschaftsministeriums konsequent nutzen und damit die für Baden-Württemberg wichtigen Schlüsseltechnologien gezielt stärken.

Beschäftigung sichern: Job-to-Job statt Job-to-Arbeitslosigkeit

Dieser Wandel verlangt Unternehmen und Beschäftigten viel ab. Unser Anspruch muss sein, möglichst viel industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern sowie neue Arbeitsplätze zu schaffen – auch wenn sich nicht jedes bestehende Produkt und jeder heutige Arbeitsplatz erhalten lässt. Politik darf keine Strukturen versprechen, deren Märkte verschwinden. Sie muss aber dafür sorgen, dass Strukturwandel nicht zum sozialen Abstieg führt und dass industrielle Kompetenzen im Land erhalten bleiben. Entscheidend ist, dass von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen eine neue Perspektive bekommen, bevor Arbeitslosigkeit entsteht, und arbeitslose Menschen nicht abgehängt werden. Wenn in einem Unternehmen Stellen wegfallen und wenige Kilometer weiter Fachkräfte gesucht werden, müssen wir, aufbauend auf bestehenden Strukturen (Bsp. Arbeitsmarktdrehscheiben), direkte Übergänge und Qualifizierung organisieren: Job-to-Job statt Job-to-Arbeitslosigkeit.

Arbeitsplatzabbau in einzelnen Branchen und Fachkräftemangel in anderen können gleichzeitig auftreten. Darin liegt eine Chance, aber beides löst sich nicht automatisch gegenseitig. Qualifikationen, Arbeitsorte und tatsächliche Personalbedarfe passen häufig nicht unmittelbar zusammen. Deshalb müssen wir Übergänge zwischen Unternehmen und Branchen früher organisieren, Beschäftigte gezielt weiterqualifizieren und sie dort mit Betrieben zusammenbringen, wo neue Arbeit entsteht.

Unser Ziel sind nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern gute Arbeitsplätze, die den Menschen Sicherheit und Perspektiven geben. Tarifverträge, Mitbestimmung und starke Sozialpartnerschaften sind dafür wichtige Grundlagen. Gerade im Strukturwandel sind die Sozialpartner gefordert, frühzeitig miteinander ins Gespräch zu kommen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die den Beschäftigten Sicherheit und neue Perspektiven geben und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Blick behalten.

Die Arbeitsmarktdrehscheibe ist dafür ein zentrales Instrument. Sie bringt Unternehmen mit Personalabbau und Unternehmen mit Personalbedarf früh zusammen. Die Bundesagentur für Arbeit kann Beschäftigte beraten, Übergänge koordinieren und Qualifizierung fördern. Sozialpartner, Kammern und regionale Akteure kennen Betriebe, Beschäftigte und Personalbedarfe vor Ort.

Weiterbildung muss Teil dieser Strategie sein. Sie sollte beginnen, bevor Arbeitslosigkeit entsteht, und sich daran orientieren, welche Fähigkeiten tatsächlich gebraucht werden. Bei der Vermittlung sollte stärker zählen, was jemand kann, nicht nur sein Berufsabschluss oder seine bisherige Berufsbezeichnung. Beschäftigte aus der Automobil- und Zulieferindustrie bringen zum Beispiel Erfahrung in Produktion, Qualitätssicherung, Konstruktion, Elektronik, Software oder Projektmanagement mit. Viele dieser Fähigkeiten werden auch im Maschinenbau, in der Energietechnik, Medizintechnik, Robotik und anderen industriellen Bereichen gebraucht.

Job-to-Job kann einen wichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel leisten, reicht aber nicht aus. Eine alternde Gesellschaft und neue industrielle Tätigkeiten schaffen zusätzlichen Bedarf. Deshalb setzen wir auf die Aktivierung von Menschen, die gerne arbeiten würden und auf Aus- und Weiterbildung. Zudem brauchen wir eine schnellere Anerkennung ausländischer Qualifikationen und die gezielte Fachkräfteeinwanderung; gerade kleine und mittlere Unternehmen müssen einfacher Zugang zu diesen Fachkräften bekommen.

Fachkräftesicherung muss früher beginnen. Eine starke berufliche Ausbildung entscheidet darüber, ob Baden-Württemberg auch künftig genügend gut ausgebildete Menschen für seine Industrie hat. Dabei müssen wir junge Menschen als eigenständige Zielgruppe der Transformation stärker in den Blick nehmen. Wir wollen sie frühzeitig für neue Zukunftsberufe gewinnen, mit moderner Berufsorientierung und guter Beratung unterstützen und ihnen den Einstieg in Ausbildung, Studium und Beschäftigung erleichtern. Ausbildungsinhalte, Studienkonzepte und Bildungsstätten müssen mit dem technologischen Wandel Schritt halten. Berufsschulen, überbetriebliche Bildungsstätten und Hochschulen müssen neue Technologien deshalb schnell in Aus-, Fort- und Weiterbildung aufnehmen. Unser Rahmen hierfür ist die Initiative FachkräfteLÄND.

Wir wollen:

- Arbeitsmarktdrehscheiben in besonders betroffenen Regionen stärken und landesweit vernetzen,
- dass Beschäftigte anhand ihrer tatsächlichen Kompetenzen beraten und vermittelt werden, bevor Arbeitslosigkeit entsteht,
- Weiterbildung an den Tätigkeiten und Qualifikationen ausrichten, die in den Unternehmen tatsächlich gebraucht werden,
- die Hochschulen in zentralen Zukunftsfeldern stärken und Studienplatzkapazitäten insbesondere in Ingenieurwissenschaften und Technologie sichern, damit Baden-Württemberg auch künftig genügend Fachkräfte ausbildet,
- die berufliche Ausbildung, das Studium und überbetriebliche Bildungsstätten als Teil unserer Transformationsinfrastruktur stärken. Neue Technologien und neue Kompetenzanforderungen müssen schneller in Aus-, Fort- und Weiterbildung ankommen,
- Unternehmen, Bundesagentur für Arbeit, Betriebsräte, Gewerkschaften, Kammern und regionale Wirtschaftsförderung früh zusammenbringen, damit sie künftige Personal- und

Qualifikationsbedarfe erkennen und passende Wege für Weiterbildung und berufliche Übergänge entwickeln,

- Teilqualifikationen und berufsbegleitende Weiterbildung stärker nutzen, damit Beschäftigte zügig neue Aufgaben übernehmen können,
- die Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulqualifikationen beschleunigen, Unternehmen bei der Gewinnung internationaler Fachkräfte unterstützen und gute Voraussetzungen für deren soziale und gesellschaftliche Integration schaffen,
- die Voraussetzungen dafür verbessern, dass mehr Frauen eine existenzsichernde Beschäftigung aufnehmen können,
- junge Menschen frühzeitig für Zukunftsberufe gewinnen und ihnen mit moderner Berufsorientierung, guter Beratung und zeitgemäßen Ausbildungs- und Studienangeboten den Einstieg in die Arbeitswelt erleichtern,
- arbeitsmarktpolitische Instrumente auf ihre Wirkung überprüfen und konsequent darauf ausrichten, Arbeitslosigkeit zu verringern, Beschäftigte dauerhaft in neue Arbeit zu bringen und zusätzliche Qualifikationen zu vermitteln.

Investitionen ermöglichen

Neue Wertschöpfung entsteht dort, wo Unternehmen investieren. Entscheidend ist deshalb, ob Unternehmen ihre nächste Produktionslinie, ihr nächstes Labor und ihre nächste industrielle Anlage hier bauen. Dafür brauchen Unternehmen vor allem verlässliche Rahmenbedingungen, leistungsfähige Infrastruktur und einen Staat, der schnell entscheidet. Die Landesregierung unter Ministerpräsident Cem Özdemir hat dafür mit dem Effizienzgesetz Baden-Württemberg bereits wichtige Schritte in Angriff genommen. Diesen Weg setzen wir konsequent fort. Gerade bei Investitionen zählt Geschwindigkeit. Wenn Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller und verlässlicher werden, stärkt das unmittelbar den Wirtschaftsstandort.

Gute Rahmenbedingungen sind eine zentrale Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Sie entstehen aber nicht allein im Land. Die Bundesregierung muss ihren Teil leisten. Sie darf den Ausbau der Stromnetze und der Erneuerbaren Energien nicht verzögern. Eine sichere, bezahlbare und zunehmend erneuerbare Energieversorgung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und ist Voraussetzung dafür, dass Unternehmen Produktion elektrifizieren, Standorte modernisieren und neue Kapazitäten in Deutschland aufbauen.

Das gilt besonders für die Automobilwirtschaft. Die Branche braucht jetzt Planungssicherheit für Investitionen und Beschäftigung. Deshalb muss die Bundesregierung in Brüssel auf Nachbesserungen am Autopaket der Europäischen Kommission drängen. Eine pragmatische Flexibilisierung der CO₂-Flottengrenzwerte kann den Unternehmen Spielräume geben und Strafzahlungen vermeiden. Diese Flexibilität muss die Transformation ermöglichen, nicht vertagen. Unser technologisches Zielbild ist

klar: Die Zukunft des Autos ist elektrisch. Technologieoffenheit darf nicht zu industriepolitischer Beliebigkeit führen. Statt knappe politische und wirtschaftliche Ressourcen auf ferne Technologieversprechen zu verteilen, setzen wir auf die Technologien, mit denen Baden-Württemberg auf den globalen Märkten erfolgreich sein kann: Elektromobilität, Batterien, Software, Halbleiter und autonomes Fahren.

Wir wollen:

- die Staatsmodernisierung unter Ministerpräsident Cem Özdemir konsequent fortsetzen und mit dem Effizienzgesetz Verfahren weiter vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen,
- Planungs- und Genehmigungsprozesse so organisieren, dass Unternehmen schneller zu verlässlichen Entscheidungen kommen,
- den Bund zu einem konsequenten Ausbau von Stromnetzen und Erneuerbaren Energien drängen,
- dass die Bundesregierung in Brüssel entschlossen für verlässliche Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Automobilwirtschaft sorgt,
- bei der Transformation auf verfügbare und skalierbare Technologien setzen, statt Investitionsentscheidungen mit Hoffnungen auf ferne Lösungen aufzuschieben.

Unser Kurs bis 2035

Die kommenden Jahre entscheiden darüber, ob Baden-Württemberg seinen industriellen Kern verliert oder erneuert. Wir wollen nicht jede Struktur von heute konservieren, sondern die Stärke dahinter erhalten: unser Wissen, unsere Unternehmen, gute Arbeit und die Fähigkeit, hochwertige Produkte herzustellen. Daraus muss die Wertschöpfung von morgen entstehen.

Baden-Württemberg soll auch 2035 zu den führenden Industrie- und Innovationsstandorten Europas gehören. Wir wollen nicht auf die nächste industrielle Erfolgsgeschichte warten oder auf das Prinzip Hoffnung setzen. Wir wollen sie hier möglich machen – durch entschlossenes Handeln und einen klaren Plan.

Beschlossen auf der Fraktionsklausur in Leimen im September 2026.